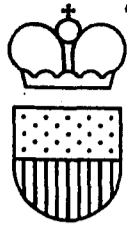


# Liechtensteiner Anzeiger



NEU Tägliche  
TV-Programm

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Bereitschaft zum Handeln ist nur bei wenigen vorhanden

Mitgliederversammlung der LGU – Vortrag über «Klima – ungewisse Zukunft» – Hoffnung auf Einführung eines Oeko-Bonus-Systems bei Motorfahrzeugsteuern

(G. M.) – «Wir stossen nicht nur an die Grenzen des Wachstums, sondern auch an die Grenzen der Existenz.» Diese Aussage machte der Präsident der Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), Dr. Peter Goop, an der Mitgliederversammlung am Montagabend und forderte dazu auf, neue Akzente zu setzen, mehr Verantwortung zu tragen und einen neuen Zugang zur Natur und zur Umwelt zu finden. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hielt Prof. Dr. Hans Oeschger einen Vortrag über «Klima – ungewisse Zukunft».

Die Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) hat durch ihre Mahnungen und Forderungen in den letzten Jahren einiges erreicht, was der Natur und der Umwelt zugute kommt. Dennoch ist die Bereitschaft, wie LGU-Präsident Dr. Peter Goop ausführte, zum Handeln in der Gesellschaft nur gering vorhanden, obwohl eine Verpflichtung unserer Generation bestehe, Verantwortung zur Erhaltung der Umwelt und der Natur zu übernehmen. Das herausragendste Ereignis für den LGU-Präsidenten im Berichtsjahr war die Vorlage der Regierung zur Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone, die sich derzeit in Vernehmlassung befindet. Nach seiner Auffassung sind noch zu wenig Landwirtschaftsflächen ausgeschieden, weshalb die Gemeinden aufgerufen würden, weitere Flächen für die Landwirtschaftszone bereitzustellen. Und wenn die Landwirtschaftszone endlich geschaffen sei, bemerkte der LGU-Präsident, dann gehe der «Kampf» erst richtig los: Denn dann gelte es, diese Flächen auch richtig für die Landwirtschaft zu nutzen, nicht in Schrebergärten Aktivitäten zu verfallen.

### Erfolgreich gegen Schneekanonen

Nach den eher grundsätzlichen Ausführungen des LGU-Präsidenten ging LGU-Geschäftsführer Wilfried Marxer im Detail auf die Aktivitäten der Umweltschutzgesellschaft ein, die nicht nur erfolgreich die Tagung der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA) durchführte, sondern auch den Binding-Preis für Umweltschutz für die jahrelangen Aktivitäten im Bereich des Natur- und Umweltschutzes erhielt. Als erfolgreich führte der LGU-Geschäftsführer die Bestrebungen an, Schneekanonen in unserem Land grundsätzlich zu verbieten. Diesem Antrag hat die Regierung vor kurzem zugestimmt. Unter der Erfolgsbilanz erwähnte er ferner auch die Treffen der Umweltschutzkommissionen der Gemeinden, die sich seit Juni 1988 in regelmäßigen Abständen zur Information treffen. Hoffnung setzt die LGU, wie Wilfried Marxer weiter erklärte, auf den neuen Landtag, der sich abschliessend mit der Neufassung der Motorfahrzeugsteuer zu befassen hat: Die LGU hat die Einführung eines Oeko-Bonus-Systems verlangt, was vom «alten» Landtag nicht honoriert wurde.

### Neuer Vizepräsident

Im Vorstand der LGU ergaben sich einige Änderungen, die von der Mitgliederversammlung einstimmig genehmigt wurden. Dr. Peter Goop wurde für eine weitere Amtsperiode als Präsident gewählt, während Dietmar Possner zum neuen Vizepräsidenten ernannt wurde. Er löst in dieser Funktion Dr. Jochen



Mitgliederversammlung der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) am Montagabend in Schaan. Im Mittelpunkt stand der Vortrag von Prof. Oeschger über «Klima – ungewisse Zukunft».

Hadermann ab, der seit 1976 dieses Amt ausübte. Aus dem Vorstand traten Eugen Bühler, Dieter Hilti und Louis Jäger zurück. Als neues Vorstandsmitglied wurde Jürgen Thöny gewählt.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hielt Prof. Dr. Hans Oeschger, Leiter der Abteilung Klima und Umwelt-

physik am Physikalischen Institut der Universität Bern, einen Vortrag über «Klima – ungewisse Zukunft». In seinen Ausführungen legte er die Komplexität der einzelnen Faktoren für die klimatischen Bedingungen dar und zeigte mögliche Auswirkungen der Erd- und Meereserwärmung auf, die sich in Form von

Überschwemmungen durch den Anstieg des Meeresspiegels, durch Dürren infolge der Polwärtsverschiebung der Trockengürtel akzentuieren könnten. Allerdings gab Prof. Oeschger auch zu verstehen, dass man den Glauben an die Zukunft nicht verlieren, sondern die Probleme als Herausforderung betrachten sollte.

## Seriöse Arbeit braucht längere Beratungszeit

Der Landtag befasste sich in erster Lesung mit der neuen Geschäftsordnung – Viele neue Anregungen

(G. M.) – Es sei unverkennbar, erklärte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, bei der Beratung der neuen Geschäftsordnung des Landtags, dass in der jüngeren Vergangenheit das Parlament zusehends in den Schatten der Regierung und der Landesverwaltung geraten sei. Aus seiner Erklärung wurde deutlich, dass sich die FBP-Fraktion für eine Stärkung des Landtags gegenüber der Regierung einzusetzen gewillt ist. Eine dieser Möglichkeiten stellt die Neufassung der Geschäftsordnung des Landtags dar, die nicht mit der Parlamentsreform verwechselt werden darf, da sie nur einen Teil dieser Reformbestrebungen abdeckt.

Während bei der Beratung der Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung die FBP-Fraktion den aktiveren Part spielte und vor allem die neuen Fraktionsmitglieder eine Reihe von fundierten Anträgen stellten, beschränkte sich die Rolle der VU-Fraktion, insbesondere Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU), auf die Verteidigung bisheriger Positionen. Auf der einen Seite die Bestrebung, mit einer Neufassung der Geschäftsordnung effektiv für eine Reform zu sorgen, andererseits die ängstliche Warnung «vor einer Flut von Vorschriften», wie sich der VU-Abgeordnete Alfons Schädler ausdrückte.

### Verbesserungen durch Veränderungen

Dass die geltende Geschäftsordnung

nicht mehr den Anforderungen eines vergrösserten – Parlaments genügt und dass einzelne Bestimmungen durchaus interpretationsbedürftig sind, hat die Vergangenheit mehrfach bewiesen. Doch Wunder sind auch mit einer Neuformulierung dieser Vorschriften nicht zu erwarten: Durch administrative und organisatorische Veränderungen sollen Arbeitsweise und Arbeitsbedingungen des Landtags verbessert werden, erklärte FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt, wobei als wichtigste Neuerung die Schaffung eines Landtagssekretariats vorgesehen sei. Der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler machte hierzu die Anregung, dass ein Landtagsbüro eingerichtet werde, in dem alle Parteien vertreten sein müssten, um die Sitzungen vorzubereiten. Zur Stärkung des Landtags gegenüber der Regierung schlug er im weiteren vor, die Schaffung von Fraktionssekretariaten neben dem Landtagssekretariat zu prüfen. Und schliesslich forderte er, für nicht-öffentliche Sitzungen einen ganz strengen Massstab anzulegen.

### Bessere Vorbereitungszeit notwendig

Landtagspräsident Ritter (VU) gab darauf zu verstehen, dass konstruktive Arbeit im Landtag wohl wichtig sei, doch hänge dies weniger von einem Sekretariat ab als vom Willen zur Zusammenarbeit, womit er wohl in erster Linie die Zustim-

mung zu den Vorschlägen der VU-Mehrheit verstand. Die Idee einer vorbereitenden Kommission erachtete er als eher unnötig, vor allem aber als praktisch kaum durchführbar bei einem Milizparlament. Die Notwendigkeit einer Stärkung des Landtags gegenüber der Regierung ist für ihn nicht gegeben, da nach seiner Auffassung der Landtag nichts von seiner Stellung an die Regierung eingebüsst habe.

Auch der Vorschlag des FBP-Abgeordneten Georg Schierscher, eine längere Frist zwischen Zustellung der Regierungsanträge und der Behandlung im Landtag einzuräumen, damit sich die Abgeordneten länger und intensiver mit den Vorlagen auseinandersetzen könnten, stiess auf wenig Verständnis bei dem seine Kommissionsvorlage verteidigenden Landtagspräsidenten. Nach seiner Auffassung sollte der Landtag flexibel bleiben, was wohl bedeuten würde, dass die Abgeordneten auch künftig ein Dutzend Vorlagen zu bearbeiten hätten, die sie etwa drei Wochen vor der Sitzung zugestellt erhalten.

Der Landtag wird sich nochmals mit dieser Geschäftsordnung befassen, die vorerst weitgehend eine Fortschreibung der bisherigen Bestimmungen – mit Ausnahme der Schaffung des Landtagssekretariats – darstellt.

(Siehe auch die FBP-Fraktionsklärung im Innern der heutigen Ausgabe.)

## Raketenstreit in der NATO beigelegt

Verhandlungen über «teilweise» Reduzierung nach ersten Ergebnissen in Wien

Brüssel (AP) Mit einem Kompromiss, der es allen Seiten erlaubt, politisch das Gesicht zu wahren, hat der Brüsseler NATO-Gipfel am Dienstag in letzter Minute den Raketenstreit beigelegt. Nach nächtlichem Ringen der Aussenminister verabschiedeten die 16 Staats- und Regierungschefs der Allianz ein Abrüstungs-Gesamtkonzept, das den Beginn von Verhandlungen über eine «teilweise» Reduzierung der nuklearen Kurzstreckensysteme (SNF) von der Umsetzung erster Ergebnisse der Wiener Gespräche über konventionelle Abrüstung abhängig macht und eine vollständige Vernichtung der SNF nicht ausschliesst.

Wie die anderen Gipfelteilnehmer

zeigte sich auch Bundeskanzler Helmut Kohl zufrieden mit dem «sehr positiven Beschluss». Aussenminister Hans-Dietrich Genscher sprach von einem Erfolg.

Aus der «Verpflichtung zu einer Modernisierung ohne gleichzeitige Verhandlungspflicht ist eine Verpflichtung zu Verhandlungen ohne gleichzeitige Modernisierung geworden». Wie der Kanzler vor Journalisten hervorhob, war die Initiative von US-Präsident George Bush, die Wiener Verhandlungen zu beschleunigen, «ausserordentlich hilfreich», um zu einem Kompromiss zu kommen.

Die ursprüngliche britische Forderung, eine Null-Lösung für Kurzstreckenwaffen

auszuklammern, wurde von London fallengelassen. Premierministerin Margaret Thatcher gab sich mit der Formulierung zufrieden, dass es nur um eine «teilweise» Reduzierung der Raketen gehe. In dem Gesamtkonzept heisst es: Sobald die Umsetzung eines Abkommens über konventionelle Waffen begonnen hat, «sind die Vereinigten Staaten in Konsultation mit den betroffenen Verbündeten bereit, in Verhandlungen einzutreten, um eine teilweise (das Wort ist im Text unterstrichen) Reduzierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf ein gleiches und verifizierbares (nachprüfbares) Niveau zu erreichen».

## KSZE-Konferenz

Paris (spk/dpa) Mit einem Angriff der DDR gegen die BRD hat am Dienstag in Paris die erste Menschenrechtskonferenz der KSZE begonnen. Ohne die Bundesrepublik Deutschland beim Namen zu nennen, verurteilte der Aussenminister der DDR, Oskar Fischer, «geschürten oder geduldeten Ausländerhass» und Berufsverbote als groben Verstoß gegen die Menschenrechte.

Zugleich rief er die 35 Unterzeichnerstaaten der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) auf, Duldung oder Förderung neo-nazistischer und rechtsradikaler Kräfte durch Polizei, Justiz und anderer Staatsorgane zu verurteilen.

Die bis zum 23. Juni dauernde Tagung ist die erste von total drei Treffen «über die menschliche Dimension», die von der Wiener KSZE im Januar beschlossen worden war. Im kommenden Jahr findet eine weitere Sitzung in Kopenhagen, ein Jahr danach in Moskau statt. Aufgabe ist es, die Einhaltung der in Wien verabschiedeten Rechtsgarantien, etwa die freie Ausreise, Religions- und Gedankenfreiheit sowie den Schutz nationaler Minderheiten, zu überprüfen.

Unser Land wurde an der Konferenz-Eröffnung durch Regierungschef Hans Brunhart vertreten, der in seiner Ansprache unter anderem folgendes ausführte: «Die Bürger und Bürgerinnen des Landes, das ich vertrete, setzen auf diese Konferenz grosse Hoffnungen. Liechtenstein erblickt gemeinsam mit den neutralen Staaten – und ich nehme eigentlich an, gemeinsam mit allen hier vereinigten Staaten – in der Humanen Dimension der KSZE ihre weitreichendste und tiefste Dimension, mindestens gleichgewichtig mit der strategischen, auf der nun endlich bedeutende Fortschritte in Aussicht stehen. Wir gehen daher von der Erwartung aus, dass eine Schwierigkeit unter den Teilnehmerstaaten hier nicht besteht, dass nämlich keiner mehr das gemeinsame Ziel und den gemeinsamen Weg, den Beschluss, anstehende Schwierigkeiten ehrlich aufzuarbeiten, in Frage stellt.

Aber es gibt noch Punkte, die einer gründlichen Besinnung bedürfen. An erster Stelle steht der Begriff des Menschen, seiner Würde und im Zentrum dieser Würde seine Gewissensfreiheit.

Kein Staat hat das Recht, den Menschen in seiner Würde zu erniedrigen. Kein Staat hat das Recht, mit Berufung auf seine Ideale, und wären das auch die Ideale der Menschenrechte und die Verwirklichung einer idealen Gesellschaft selbst, Menschen ihre Würde abzuspüren, die demgegenüber zu Dissidenten werden. Die Respektierung des Menschen und seiner Würde darf auch in diesem Fall nicht in Frage gestellt werden. Unsere politischen, unsere gesellschaftlichen Programme sind keine Ideale, solange sie nicht eindeutig menschlich bleiben.»

## Keine Probleme?

Nichtöffentliche Sitzungen des Landtags waren ebenfalls Gegenstand der Beratungen im Rahmen der neuen Geschäftsordnung. Der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler erklärte seine Skepsis gegenüber dem Ausschluss der Öffentlichkeit. Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) war da anderer Meinung. In den 24 Jahren seiner Landtagstätigkeit habe er noch nie Probleme mit nichtöffentlichen Sitzungen gehabt. Offensichtlich gab für ihn jene Sitzung, als über den Präsidenten des Staatsgerichtshofes am 19. Dezember 1984 beraten und anschliessend der VU-Abgeordnete Ludwig Seger «fliegend» ausgewechselt wurde, auch keine Probleme.

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan – Vaduz

10% Rabatt  
auf Weine und  
Champagner

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.